

Volksmacht

Einzelhefte: Die neue sozial. Monatszeitschrift 35 J. ...

Die Volksmacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreise: In Danzig durch unsere Anstalt...

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: In Danzig Paradiesgasse 32. In Thorn Baderstr. 23. Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Nr. 81 Dienstag, den 8. April 1919 10. Jahrgang

Die Arbeiterräte in der Reichsverfassung.

Die Frage der Arbeiterräte nähert sich rasch der Klärung. Die Regierung ist in der Arbeit für das Gesetz über die Arbeiterräte ein erhebliches Stück vorwärts gekommen.

Wettlerweise ist der Entwurf für die verfassungsmäßige Verankerung der Arbeiterräte fertig geworden. Wir setzen ihn hierher: Abänderungsvorschläge zu Art. 114.

Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.

Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betriebs- und Wirtschaftsgebieten gewählte Arbeiterräte und Bezirksarbeiterräte und einen Reichsarbeiterrat.

Die Reichsarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialreformgesetze mit den Vertretungen der Unternehmern zu Reichswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Sachverhalte von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung beim Reichstage dem Reichswirtschaftsrat zur Beachtung vorgelegt werden.

Der Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu andern sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichsgesetz geregelt.

Mit der Einbringung dieses Vorschlags hat die Reichsregierung das Versprechen eingelöst, das sie aus Anlaß des Berliner Generalkreises den nach Weimar gereisten Deputationen gegeben hat.

Die Verfassung ist etwas Starres und über den Tagewort hinausgehendes. Die gesellschaftlichen Notwendigkeiten in der Arbeiterratsfrage sind aber heute noch nicht in ihrer letzten Form erkennbar.

Die Regierung hat diese Bedenken überwunden. Sie will damit das Vertrauen mancher Arbeiterräte in ihre Absichten hinsichtlich des Nationalen Reichstages erkennen lassen.

Der gemeinsame Landtag für den Volksstaat Preußen beschloß eine Verankerung des Nationalen Reichstages in der Verfassung festzusetzen wird. Die demokratische Partei gab ihre Zustimmung nur unter der Voraussetzung, daß die Verfassung eine präzisere Festsetzung in der Erwartung, daß im Interesse der Gerechtigkeit und Gleichheit auch der zu wählende Landesparlament mit in die Verfassung verankert werde.

Neue Stürme?

Obwohl noch ganze Straßenzüge der Reichshauptstadt die Spuren des Hungerkampfes tragen, obwohl das hungernde deutsche Volk noch nicht weiß, wie es möglich werden soll, bis zur Frühlingsaufkommen, wählen Unabhängige und Sozialisten erneut, um die Fauna der Märe und den Zusammenritt der Parlamente zu neuen Kräftproben anzuhängen.

Und das zu einer Zeit, in der uns vom Ausland Lebensmittel angeliefert sind, in einer Zeit, in der die Aufhebung der Blockade uns den Weltmarkt zum Einkauf von Lebensmitteln öffnen soll.

fünf gelunden Sinne beifammen hat, muß deshalb der neuesten unabhängig-parteilichen Wählerzeit mit aller Energie entgegenzutreten.

Ein Warnung. Berlin, 7. April. Der Bezirksvorstand und die sozialdemokratischen Betriebsvertrauensleute von Groß-Berlin erlassen einen Aufruf an die Genossen, worin es heißt: Kaum daß der Generalkreis im März mit seinen so tief beklagten Wertungen Begleiterscheinungen hinter uns ließ, versucht man schon wieder, erneut Stimmung für einen solchen am Tage des Zusammentritts des Reichstages, den 8. April, zu machen.

Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betriebs- und Wirtschaftsgebieten gewählte Arbeiterräte und Bezirksarbeiterräte und einen Reichsarbeiterrat. Die Reichsarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialreformgesetze mit den Vertretungen der Unternehmern zu Reichswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen.

Bayern.

Die Münchener Korrespondenz Hoffmann veröffentlicht heute früh dieses amtliche Telegramm an die Arbeiterräte:

Das werktätige Volk Bayern hat seine Forderungen überwinden und sich an einem mächtigen Einheitsblock gegen jede Herrschaft und Ausbeutung zusammenschließen. Es übernimmt in den K., S. und B.-Räten die ganze öffentliche Gewalt. Der Landtag wird aufgelöst. An Stelle der Minister treten die Beauftragten und Kommissare des Volkes. In den öffentlichen Angelegenheiten herrscht vollkommene Ordnung. Die Wirtschaft und die Verwaltung werden fortgeführt. Alle Angehörigen und Beamtenverbände des Landes haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt und gewährleisten gemeinsam den Schutz und den Fortgang der Produktion. Die Betriebe werden durch Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten kontrolliert und gemeinsam mit der Leitung verwaltet. Alles gehört der Gemeinschaft. Darum ist jede selbständige Sozialisierung ausgeschlossen. Die K., S. und B.-Räte haben die Pflicht, überall für den Schutz der Arbeiterrechte und für ruhige Entwicklung zu sorgen. Sie übernehmen die öffentliche Gewalt und kontrollieren die Verwaltung; sie sind dem werktätigen Volke für alle Handlungen und Unterlassungen verantwortlich. Freitag, den 7. April, ist Nationalfeiertag. Die Arbeit ruht an diesem Tage. Die Eisenbahnen, die Nahrungs-, Wasser-, Licht- und Heizbetriebe versorgen das Volk weiter.

Der revolutionäre Zentralrat Bayerns im Auftrag Reichs.

Mit dieser aus München kommenden Proklamation der Räterepublik Bayern ist noch keineswegs gesagt, daß man ihr nachkommen wird. Wohl steht Südbayern vor allem die Umgestaltung Münchens, hinter der Räterepublik. Aus Nordbayern jedoch liegen alle Entscheidungen vor, die keine unbedingte Zustimmung bedürfen.

In München treten die Gruppen für die Räterepublik ein. Ein klarer Blick läßt sich aus dem Nachrichten-Durchsichtender bis jetzt nicht gewinnen.

Kurze Nachrichten.

München, 7. April. (W. L. B.) Der Sonntag der sozialdemokratischen Partei Südbayerns hat mit 240 gegen 13 Stimmen beschlossen, der Gründung einer Räterepublik zuzustimmen unter der Bedingung, daß die unabhängige sozialdemokratische Partei und die kommunistische Partei an der Durchführung dieser Räterepublik mitwirken.

München, 7. April. (W. L. B.) Eine außerordentliche bayerische Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei, die am 3. April im Münchener Haus in Nürnberg tagte, hat sich mit 42 gegen 8 Stimmen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Einführung der Räterepublik im Volksstaat Bayern erklärt.

Berlin, 7. April. Nach der 'Voss. Ztg.' sind aus Nordbayern eine Reihe von Abhängen an die Räterepublik eingegangen. Sie seien teilweise für eine Trennung Bayerns von München und die Bildung einer Republik Nordbayerns, falls München die Räterepublik einführen werde.

Berlin, 7. April. Wie zum Rätekongress nach Berlin abgereisten bayerischen Vertreter wurden telephonisch nach Bayern zurückgerufen.

Der Streik an der Ruhr.

Der Zentral-Räteerrat in Essen teilt entgegen anders lautender Meldungen bürgerlicher Blätter mit: Bis jetzt stehen von den Bergwerken im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 21 Neben mit 32.000 Bergarbeitern im Generalkreis.

Die gesamte Arbeiterkraft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, von dessen Stromwegen die Licht- und Kraftstromversorgung aller umliegenden Städte des Industriegebietes abhängt, hat sich dem Generalkreis Sonnabend angeschlossen. Für die Versorgung der öffentlichen Anstalten wie der Krankenhäuser mit Licht und Kraft hat die Zentralratsleitung die Aufrechterhaltung des auf das allernotwendigste eingeschränkten Betriebes als Notstandsarbeit angeordnet.

Die Angestellten der Essener Straßenbahnen haben sich ebenfalls dem Generalkreis angeschlossen. Der gesamte weitverzweigte Betrieb ruht. Sämtliche Streikenden haben sich mit denselben Forderungen der revolutionären Bergarbeiter solidarisch erklärt. Eine von den christlich-sozialen Arbeitern der Firma Krupp im katholischen Vereinshaus am Sonntag abgehaltene hart beistehende Versammlung erhob scharfen Protest gegen den auf den Kruppischen Werken verkündeten Generalkreis und beschloß, Montag früh geschlossen zur Arbeit wieder zu erscheinen und allen terroristischen Verhänden, die Arbeitswilligen ausräumen von der Arbeit fernzuhalten, mit höchstem Nachdruck entgegenzutreten. Die Angestellten der Essener Straßenbahn erklärten sich mit den streikenden Bergarbeitern solidarisch. Der Betrieb ruht.

Folgen des Streiks.

Essen (Ruhr), 5. April. (W. L. B.) Infolge der Arbeitsseinstellung auf dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist die Stadt ohne elektrisches Licht. Der telephonische und telegraphische Verkehr erleidet Störungen. Auch der Straßenbahnverkehr ist noch eingeschränkt worden. Bei Krupp ist Generalkreis.

Bochum, 4. April. (W. L. B.) Die nachteiligen Folgen des Streiks machen sich immer mehr bemerkbar. Jetzt haben der Bochumer Verein und die Bismarckhütte einen großen Teil der Betriebe stilllegen müssen, weil sie keine Kohle haben. Infolge der eingesetzten Gaszufuhr sind auch die Gemeinden Berne und Langendreer ohne Gas.

Generalkreis in Düsseldorf.

Düsseldorf, 6. April. (W. L. B.) Der für heute mittag verkündete Generalkreis hat bisher die Wirkung gehabt, daß bis 3 Uhr der Betrieb der städtischen Straßenbahnen wegen Strommangels eingestellt werden mußte. Nachmittags fand unter freiem Himmel eine große Versammlung der Kommunisten statt. Im Anschluß daran bewachte sich ein Demonstrationsszug durch die Straßen der Stadt. Auf der Königsallee fielen einige Schüsse, doch ist

Französische Granaten aus deutschem Stahl.

Arthur Cotterius hat vor einigen Tagen im 'Vorwärts' erklärt, daß deutscher Stahl zu französischen Granaten während des Krieges verarbeitet worden sei. Der Stahlwerksverband hat ihn aufzufordern, diese Behauptung zu beweisen. Er hat jetzt im 'Vorwärts':

Die Gesamtexport an Rohstoffen, Halbzeug, Schienen usw. in den beiden ersten Kriegsjahren betrug sich nach Angaben, die aus dem Reichsamt des Innern stammen, im Durchschnitt auf 250.000 Tonnen monatlich, insgesamt also bis Ende 1916 auf mindestens 3 Millionen Tonnen. Eine der Hauptrollen spielte dabei die Ausfuhr, die dafür zu sorgen gehabt hätte, daß das Eisen im neutralen Ausland bleibt, existierte damals noch nicht. Das muß ausdrücklich festgestellt werden. Der Rohstoffe- und der Stahlwerksverband hatten gegenüber dem Ministerium des Innern dafür die Gewähr übernommen, daß die Ausfuhrprodukte nicht der feindlichen Aneignung anheimgefallen. Diese Garantie wurde und konnte nicht eingehalten werden - es mit oder ohne Schuld der französischen Stellen, bleibt dabei ganz gleichgültig, denn sonst hätten die Verbände solche Anlagen nicht machen dürfen, ohne sich mit den Interessen des kämpfenden Volkes in schärfster Weise zu setzen. Die volle Verantwortung trifft sie in jedem Falle!

Beweis dafür ist, daß die Ausfuhrabteilung des Reichsministeriums auf Grund der sich häufigen Meldungen über die Weiterführung von Stahl und Eisen nach Frankreich und Italien im September 1918 genötigt sah, bei der Schweizer Bundesregierung eine dringende Anfrage zu stellen, die sich auf die Weiterführung von Stahl und Eisen nach Frankreich und Italien erstreckte. Dies wurde von der Schweizer Regierung abgelehnt unter Hinweis darauf, daß Deutschland selbst damals noch keine amtliche Ausfuhrkontrolle besaß. Eine solche wurde denn erst bei der Durchführung des Eisenhandelsabkommens mit einer Kontingenterstellung auf 100.000 Tonnen monatlich eingeführt.

Wenn ein solcher Schritt einer Zeit in den Reihen der Schwerindustrie beängeren Regierung wie der damaligen, nicht ein Beweis dafür ist, daß die Weiterführung von deutschem Eisen und Stahl an andere Feinde, für die die Verbände verantwortlich gelagerten, tatsächlich erfolgt ist, dem ist nicht zu helfen. Daraus kommt: durch die Anlagen eines deutschen Eisenwerks ist ein großer Teil des französischen Eisenbedarfes gedeckt, das tatsächlich

soviel bis jetzt bekannt, niemand versteht. Die größeren Restaurants und Cafés haben freiwillig ihre Betriebe geschlossen. Die Sicherheitsmaßnahmen der Reitertruppen sind sehr unzulänglich. Auch Fliegerabwehrschiffe sind zum Schutz der öffentlichen Gebäude aufgestellt.

Bei der Abstimmung in den Düsseldorfster Betrieben sprachen sich 14.800 für und 5300 gegen den Streik aus. Die Generalkreis-Kommission beschloß die Niederlegung der Arbeit mit 18 gegen 6 Stimmen. Christliche Gewerkschaften und Mehrheitssozialisten sprachen sich gegen den Streik aus, indem sie eine Rundgebung erließen.

Die Düsseldorfster Streikforderungen sind: Sofortige Demobilisierung, sofortiger Anschluß an die öffentlichen Versorgungsstellen, sofortige Demobilisierung, sofortiger Anschluß an die Versorgungsstellen, sofortige Forderung der Räterepublik, sofortiges Abtreten der Regierung über die Lebensmittel. Die Drohung auf Entlassung der Lebensmittel wurde mit der Aufhebung der Lebensmittel nicht eher wieder aufgenommen, bis die Lebensmittel ausgeteilt werden.

Der Angestelltenstreik.

Am Streik der Angestellten der Berliner Metallindustrie sind jetzt über 50.000 Angestellte beteiligt. Die dreitägigen Verhandlungen des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin unter Leitung eines Vertreters des Demobilisierungskommissars sind Sonnabend abends zu Ende geführt worden. Es kam zu einer Abstimmung im Schlichtungsausschuss, bei der der Vertreter des Demobilisierungskommissars sich aus dem Standpunkt der Arbeitgeber anschloß. Demzufolge wird der Streik, dessen Abhaltung zurzeit in Arbeit ist, zwar in Bezug auf die Gehaltsregelung sehr genau den Angestellten ausfallen, aber hinsichtlich des Mitbestimmungsrechtes sich dem Standpunkt der Arbeitgeber anschließen.

Arbeitszeit der Angestellten

Über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung bestimmt eine Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 18. März d. J., daß die regelmäßige

Arbeitszeit der Angestellten

Arbeitszeit während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung bestimmt eine Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 18. März d. J., daß die regelmäßige

Arbeitszeit der Angestellten

Arbeitszeit während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung bestimmt eine Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 18. März d. J., daß die regelmäßige

Arbeitszeit der Angestellten

Arbeitszeit während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung bestimmt eine Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 18. März d. J., daß die regelmäßige

Arbeitszeit der Angestellten

Arbeitszeit während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung bestimmt eine Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 18. März d. J., daß die regelmäßige

Arbeitszeit während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung bestimmt eine Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 18. März d. J., daß die regelmäßige



Aus den Provinzen.

Genade. Am Sonntag, den 6. d. Mts., fand hier im Kurhotel Kramer eine öffentliche Volksversammlung statt. Referent war Genosse Kruener. Derselbe hielt einen Vortrag über die politische Lage. Seine sachlichen Ausführungen erzielten großen Erfolg. In der Diskussion meldeten sich zwei Redner zum Wort. Der erste Genosse Kruener hielt die Ausführungen des Referenten an und forderte den Eintritt in die Sozialistische Partei. Der zweite Diskussionsredner hielt ebenfalls auf unsere Partei los. In dem Schlusswort des Referenten die Angriffe energisch ab. Er forderte sämtliche sozialistischen Parteien auf, gemeinsam den Kampf gegen die Reaktion fortzuführen.

Reiseführer. Am 1. April wurde hier ein Gesangsverein (Kantate) gegründet, an dem sich 24 Gesangsinnen und Gesangsleute angeschlossen haben. Die regelmäßigen Übungen finden jeden Donnerstag abends 7-9 Uhr im „Deutschen Hause“ Döbner Straße 4a statt. Sangesfreudige Gesangsinnen und Gesangsleute sind zu den Übungsabenden freundlichst eingeladen.

Bericht. Ein feiner Herr ist der Amtsvorsteher Wolff. Er ist Hausbesitzer und vermietet eine 1-Zimmer-Wohnung zum Preise von 35 Mk. monatlich. Eine andere Familie, die vorher dort wohnte, ist ausgezogen, weil Wolff 540 Mk. Miete von ihr forderte. In einem anderen Hause plante der Herr am 1. April ebenfalls bedeutende Erhöhungen. Es ist hohe Zeit, daß diesem laubhaften Herrn Amtsvorsteher das Handwerk gelegt wird. Wie ein Mann, der denkwürdigen Widerstand leistet, noch immer den Gehalt des Amtsvorgängers kassieren kann, ist uns unbegreiflich!

Marienburg. Einbruchdiebstahl. Beim Kaufmann Samerski-Marienburg, Hünferstraße, drangen nachts Diebe durch ein Fenster und stahlen Zigarren und Zigaretten im Werte von 6000-7000 Mark. Den Dieben ist man auf der Spur.

König. Der Metallarbeiterverband schreibt an den dreitägigen Streik folgenden: Daß die Stadt drei Tage ohne Licht und Wasser war, war Schuld der Arbeiter. Die Arbeiter hatten sich bereit erklärt, den Betrieb des Wasserwerkes aufrecht zu erhalten. Das konnte jedoch die Direktion ab, weil die Arbeiter andere ihnen zugewiesene Arbeit nicht ausführen wollten. Am Donnerstag kam es zu einer Einigung, die den Abschluß eines Tarifvertrages möglich machte.

Der Grenzschutz hatte den Schutz der Waffen und Lichter übernommen. Wir haben eben solche Maßnahmen, die die Anlagen vor der Gewalt unbefugener Elemente schützen, nicht einzusetzen. Daß aber vom Grenzschutz Leute zur Arbeit kommandiert wurden, verurteilen wir aufs Schärfste, weil dadurch nur Unruhe in die Arbeiterkassen getragen wird. Eine Aussprache mit dem Detachementführer Pittm. v. Siller hat denn auch ergeben, daß das Vorgehen auf einseitige Informationen zurückzuführen ist; er verspricht, in Zukunft auch die Arbeitervertreter an hören.

Das Dreiklassen-Parlament

hat in seiner Freitagssitzung keine Minderheitsliste wieder einmal hinausgeschoben. Es war das Ansehen schlecht worden, den teuren Stadtkonrat dadurch zu erleben, daß man die städtischen Vorhaben unter Aufsicht eines neutralen Beamten stellt. Daß die verabschiedeten konservativen Steuern und der „Mittelstand“ tief noch. Man hatte das Angst, daß das Einkommensteuern, das nun schon 50 Jahre nur Gesellschaftsmitglied ausfüllt, entwickelt werden könnte durch einen Menschen, der aus dem unteren Beamtenstand hervorgegangen. Die kann sich nur so ein Mensch anmaßen, das gleiche Wissen und Können haben zu wollen wie der besagte Stadtkonrat! Freie Wahl dem Wählenden! Unfug! Wer bei der Pöbel ansetzt, der Pöbel auch dabei. — Wann kommt für uns Befreiung endlich die Zeit, in der solche Stadtkonrate hinausgeschoben werden?

Die Verteilung der Fische

läßt in Thora alles zu wünschen übrig. Kommen einmal wirklich Fische auf den Markt, so ist es ein Zufall, wenn die Bevölkerung dies erfährt. Und dann sind die Fische im Handumdrehen verkauft, nachdem Kinder und Frauen halbtot gedrückt worden sind. Die besten Fische scheinen immer schon vorher im Schleimhandel zu verschwinden, nur das kleine Zeug kommt auf den Markt.

Margrets Wallfahrt.

Ungehindert wanderte sie die Straßen zurück, die sie gekommen; von den letzten Wörtern kannte sie Brot und etwas Obst. Dann eilte sie mit ihren Schritten über die alte Brücke hinaus zu dem heiligen Weiden am Rofelstee. Der Baum der Stadt blieb zurück; nichts reute sich, nichts rührte sich hier, als der Windhauch in den Büschen und die blauen furchenden Flecken in der Luft. In der Rofelstee sah sie ab und zu ein schmalzahnendes in die Höhe und fiel plötzlichermaßen zurück in's erquickende Gras. Eine traumatische Zelle umwas das müde Kind, kein Glanzball, kein Kniehocker, kein Tausch der Welt. Das Brot war verwehrt, die Kräfte auch. Margret lag unter den schattenden Weidenbüschen, der Kopf sank auf den Arm — nur ein flüchtiges Stöhnen!

Werftarbeiter-Entlassungen in Kiel.

Der Kieler Schiffbau war seit vielen Jahren in der Hauptsache auf den Bau und die Reparatur von Kriegsschiffen eingestellt. Die Kieler Werft wurde fast ausschließlich zur Instandhaltung und Anstandsarbeiten großer und kleiner Kriegsschiffe verwendet und die Kruppische Germania-Werft wurde zum größten Teile für den Neubau von Kriegsschiffen in Anspruch genommen, und zwar vorwiegend von U-Booten und Unterseebooten. Während des Krieges waren die beiden Werften so stark in Anspruch genommen, daß mit Tages- und Nachtarbeit gearbeitet wurde. Seit Monaten ist der Umfang der Arbeiten zurückgegangen, so neue Aufträge nicht mehr erteilt wurden und die Aufrechterhaltung der Werke an England die Arbeiten beschränkte. Unter diesen Verhältnissen mußte die Arbeit immer geringer werden. Die Reichswerke richtete, nachdem die Nachschicht abgeheftet worden war, auch eine Vertiefung der Arbeit festlegen. Eine elektrotechnische Abteilung etc. die Arbeiter aller Art für private Unternehmungen ausführte.

Die Germania-Werft hat nun am 18. Februar Arbeiter entlassen müssen, weil die Entente-Kommission die sofortige Vertiefung der noch nicht abgebauten Unterseeboote verfügte und dadurch die genannte Zahl von Arbeitsträgern überflüssig wurde. Jeder Arbeiter der Werft, der unter Verzicht auf die Gewerkschaftsrechte vor der Entlassung freiwillig kündigte, erhielt ein Entlassungsgeld von 250 Mark. Von dieser Vergütung ist in vielen Fällen Gebrauch gemacht worden. Die Germania-Werft besitzt nun noch einen Arbeiterstab von 8000 Mann. Das ist bei viermal im Dienste der Werft stehenden Arbeiter.

Es muß vom Magistrat verlangt werden, daß die Verteilung anders gehandhabt wird, so daß jeder in einem gewissen Zeitraum seine Fische erhält, ebenso wie es mit der Wurfscheibe ist und sich bewährt hat. Unter Magistrat ist eben nicht auf dem Posten. Wenn Neumann, der Vorsitzende des sozialdem. Vereins, in Berlin die Herausgabe von Lebensmitteln erwirken konnte, so hätte bei einigem guten Willen des schon lange der Magistrat ausführen können.

Die Einreiseerlaubnis. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß außer der Einreiseerlaubnis vom Gouverneur Lübeck auch eine Erlaubnis von der Polizeiverwaltung einzuholen ist. Von Jang nach Thora wird aber wegen des großen Wohnungsmanngels dringlichst erwarnt.

Essentielle Verammlung. Am 5. April fand hier eine gut besuchte Verammlung des sozialdem. Vereins statt. Wegen der Witterung wurden mehrere Beschlüsse gefaßt. Als Delegierte zur Kreisversammlung wurden die Genossen Schönebeck und Sippel gewählt. In einem Vortrage besprach Genosse Nettowski die politische Lage und forderte die Genossen auf, auf der Wacht zu sein. Auch wurde auf die Volkswacht hingewiesen und zur Agitation für diese aufgefordert.

Lokales.

Amthlicher Wohnungsausichub.

Der auf Anregung des Vollzugsausschusses gebildete amthliche Wohnungsausichub findet seine gesetzliche Grundlage in der Bekanntmachung des Reichsanwalter vom 23. September 1918. Auf Grund dieser Bekanntmachung ist der Stadtkonrat Danzig als Volkswahlbehörde in Bezug auf Wohnungsmangel erklärt worden. Der Magistrat hat dadurch weitgehende Rechte erhalten, die er zum Teil mit dem Mietseinschubamt teilen muß. Der Magistrat kann unterlagen, daß Gebäude oder Teile von Gebäuden abgebrochen werden, daß Wohnungen an anderen Zwecken verwendet werden, er kann anordnen, daß unbewohnte Räume sofort gemietet werden und daß den Bauverträgen des Magistrats, in diesem Falle dem Wohnungsausichub, über die unbewohnten Wohnungen und Räume, sowie über deren Vermietung Auskunft erteilt wird und die Beschikung angeht. Der Magistrat kann die geeigneten Räume herrichten lassen und selber vermieten. Der Magistrat kann zu noch weiteren Maßnahmen ermächtigen und veranlassen.

Ein Vollsergiehergehalt: 100 Mark monatlich!

Aus Bezirkskreisen schreibt man uns: In einer Zeit, in der die wirtschaftliche Not jeden einzelnen amint, nach Lohnaufbesserung zu streben, dürften auch wohl wir noch nicht endgültig angehefteten Volksschullehrer die Öffentlichkeit einen Einblick in unsere geradezu trostlosen Verdienstsverhältnisse gewinnen lassen. — Uns jungen Lehrern, die wir in 6 langen Ausbil-

dungsjahren und zum Teil weiteren Kriegsjahren nicht einen Pfennig verdient, im Gegenteil noch unseren Eltern große Kosten verursacht haben, bietet man einem Hungerlohn von 100 Mark monatlich an; sage und schreibe 100 Mark. Dazu kommt allerdings noch eine monatliche Feueranzahlung von 50,88 Mark. Mit dieser „Lohnsumme“ von 150,88 Mark sollen wir nun befreit sein: Wohnung und Bekleidung, Licht und Heizung, Kleidung und Wäsche, Bücher zur Weiterbildung, Zeitschriften, Vereine, und Kaufverträge usw. Ein möbliertes Zimmer nebst Bekleidung kostet unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchschnittlich 200 Mark. Diese Ausgabe allein übersteigt unser Gehalt bereits um 50 Mark. Womit sollen wir nun erst die anderen Bedürfnisse des täglichen Lebens befreiten?

Vergleichen wir damit die Lohnverhältnisse gleichaltriger Personen anderer Berufsstände: Zum mindesten müßte man uns doch mit dem gleichen Arbeitern auf die gleiche Lohnstufe stellen! Oder dürften wir etwa noch 6-jähriger Lehrkräfte nicht dem Anspruch erheben? Ein gelehrter Arbeiter verdient doch im Durchschnitt überall 2 Mark bis 2,20 Mark die Stunde. Bei einem Stundenlohn von 2 Mark und achtstündiger Arbeitszeit beträgt der Verdienst für einen Tag 16 Mark. Dafür müssen wir mehr als 3 Tage arbeiten — und zwar auch nicht weniger als 3 Stunden täglich; denn zu den täglichen Unterrichtsstunden müssen wir doch mindestens 3 Stunden für Vorbereitung, Weiterbildung, Korrektur, Vorkonferenz usw. hinzurechnen. Das diese Notlage noch Abhilfe läßt, dürfte jedem Einseitigen verständlich sein.

Aus Heubude

Als die Bretterbühnen gebaut wurde, wurden in die Balkenplatten Schienenstränge für die elektrische Straßenbahn eingebaut. Große Freude von Alt und Jung in Heubude; wir aiaubten, nun würde bald die elektrische Straßenbahn ein Ende machen. Mehr als 1400 Arbeiter können schnell mit trockenem Schutze zu und von der Arbeitshalle kommen. Arbeitshalle wurde angeworben werden. Hunderte von Frauen würden nicht mehr halbe Tage der Familie entzogen sein, wenn sie Vorarbeiten in Danzig hätten. Hunderte von Kindern dürften nicht mehr unter Gesundheitsgefährdung eingepfercht oder Wind und Wetter ausgesetzt den Schulweg zurücklegen; der Bader würde sich heben und mit ihm Dandel und Wandel und Steuerkraft zu Danzig Vorteil. Zeit geht! Wer das Glück des Schienenstrangs nur der Erde für die Heubuder Gemeindefür sie Eingemeindung? Der war ganz moagenu, und doch schmerzhaft. Wir aiaubten, die Straßenbahngesellschaft wollte auch die durchaus rentable Straße durch Dorf bauen, aber Danzig Stadtvater plant, diesen jetzt schon 5 Jahre, Sie würden, wenn's die Welt bleiben, noch 10, 20 Jahre, vielleicht bis zum St. Nimmerleinstag, planen. Wer weiß? Best soll ein laufender Meter Bahnbörser 350 Mark kosten. Während des Krieges wäre es billiger gewesen. Sand und Steine waren doch nicht beschlaghaft und die Gegenstände

billige Arbeiter. Schienen- und Leitungsarbeiten hätte, wenn nicht anderes zu beschaffen, der Straße Danzig-Neubauwasser entnommen werden können; das kann noch immer mit der Staatsbahn oder angesehener Dampfstraße zu erreichen gewesen wäre.

Wie geht es mit der Fortbildung der Schule? Über die Notwendigkeit der Schulen dürfen keine Worte mehr verloren werden. Auf unser Drängen ist man der Errichtung einer solchen auch näher getreten und hat zu Anfang d. Mts. hierüber vier Schulzimmer mit elektrischem Licht versehen. Da glauben wir, es würde Ernst gemacht werden. Aber obwohl es neue Schulzimmer besonnen hat, ist man nichts von der Fortbildungsschule.

Dort der Schienenstrang über die Bretterbühnen, hier die Lichtanlage. Das scheint für Heubude zu genügen.

Und die Wollung des Kessels abgebrochene Jahre? Sie sollte schon längst wieder betriebsfähig sein. Wie die Interferenzen verschärft, bestehen seit Jahrzehnten die Siederungsarbeiten nicht mehr. Die uns gegenüberliegenden Holzfelder mit ihren Brennholzabfällen sind uns nur über Danzig mit teurem Fuhrwerk erreichbar. Es sind nur Heubuder.

Aber man sollte in Meier Zeit den Boden nicht überspannen. Heubude ist eine gute Steuerquelle, wenn seine Bewohner auch nur fast ausschließlich Arbeiter und Handwerker sind.

Lohnforderungen der Bauarbeiter.

Am Sonntag, den 6. d. Mts., tagte im Lokal der Wwe. Steppuhn, Schödlis, eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die sich mit der kommenden Lohnbewegung beschäftigte. Kollege Brill erläuterte eingehend den im Jahre 1918 abgeschlossenen Tarifvertrag, der am 31. März 1916 sein Ende erreichen sollte, aber durch den Krieg verlängert wurde. In der Zwischenzeit wurden Forderungen am Tarifmuster nicht vorgenommen. Auf die festgesetzten Löhne wurden Feueranzahlungen geleistet. Redner ermahnte, sich nicht von überhöhten Lohnforderungen leiten zu lassen. In Anbetracht der dauernd steigenden Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel wurde nach längerer scharfer Diskussion beschlossen, die jetzt schon in den Reichsbetrieben geschätzten Löhne und zwar für Maurer 2,50 Mk., für Bauhilfsarbeiter 2,25 Mk., die Stunde zu fordern. Diese Löhne sind nicht nur zu fordern, sondern auch durchzusetzen. Zu der am Dienstag, den 8. d. Mts., stattfindenden Lohnverhandlung wurden in die Lohnkommission die Kollegen Brill, Adam, Koh, Bählich, Mittau und Hartmann gewählt.

Eine Vertrauensmännerversammlung, zu der alle Funktionäre und Vertrauensleute erschienen müssen, findet heute Montag abends 7 Uhr im Schwurgerichtssaal statt.

Die Parteimitglieder des 2., 3., 4., 8. und 9. Bezirkes werden wir am die am Dienstag stattfindende Bezirksversammlung hin. Näheres im Angehehnt. Wichtige Parteianliegenheiten erfordern den vollständigen Besuch dieser Bezirksversammlungen.

Bei der Glühlichtfabrik Danzig 6 ist der Tarifvertrag so sehr anliegen, daß zur Vermeidung von Störungen vorübergehend die Verküpfung der Lagerhäuserzeit auf 8 Stunden notwendig geworden ist. Sämtliche Güter, die in dieser Zeit nicht abgeholt sind, werden dem Tariflohn übergeben. Stadtgüter werden nur bis 6 Uhr abends angenommen. Die bisherigen Lagergebühren sind verdoppelt.

Auf die amtliche Bekanntmachung in der heutigen Zeitung wird noch besonders hingewiesen.

Volkshaus Danzig. Frau E. Hoffmann ist durch Krankheit verhindert am Dienstag, den 8. April, ihre Vorlesung über baltische Sagen, und Redebeiträge abzuhalten.

Stadttheater. Fräulein Meta Dorsch, hochdramatische Sängerin vom Stadttheater Halle S., wird am Mittwoch, den 9. cr., als „Hilberio“ auf Engagements gastieren. Herr Fritz Bergmann, vom Stadttheater in Kiel, welcher bereit 3 Jahre unter der Direktion Schauer am Stadttheater in Rostock engagiert war, wurde für die kommende Spielzeit als Nebenbesetzung an unsere Bühne verpflichtet.

Spielplan des Danziger Stadttheaters. Montag, 7. April, abends 6 Uhr: „Geleit“. Dienstag, 8. April, abends 6 Uhr: „Boccaccio“. Mittwoch, 9. April, abends 6 Uhr: „Hilberio“. Donnerstag, 10. April, abends 6 Uhr: „Hilberio“.

Die kleine knirz und knirsche guraulich keine Hand, „ach danken Sie auch will dankendmal! Da wann es wohl, was für wachend dabei, ach wachen Sie e zu gären Kannopel bringen vom Feuer anfangen, an Beeren, an for Eier kleine Rodam adren ummehnt iphnen!“

„Ach danke dir Kind,“ der Herr versap den Mund, „das ist zu weiltäufig, aber einen Fuß kannst du mir geben, oder auch zwei — he?“

„Und mir auch,“ lachte der andere, „wir sind Freunde und teilen uns barcin!“

Das erschrockene Mädchen harrete von einem zum anderen; es sah mit der linken seine Rinde an sich und hielt den rechten Arm abwehrend vor. „Ne — ene!“

„Doch, doch — hab' dich nicht so Klein!“

